

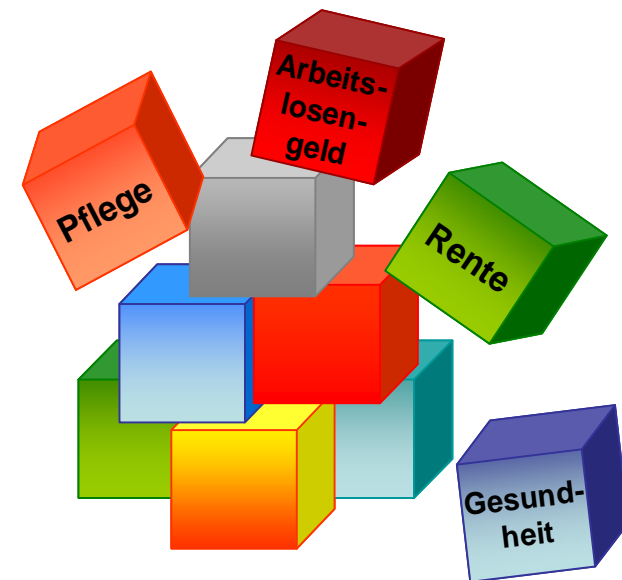


| VB 07
FB Sozialpolitik

Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Abbruch oder Neuaufbau

Zu den Alternativen einer wahrhaft
systemrelevanten Entscheidung



Fachtagung der IG Metall

Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

am 4. Februar 2010 in Hannover



1. Sozialstaat vor der Insolvenz: Die leeren Kassen - und die Gründe
2. Die große Krise
3. Absichtserklärungen und Andeutungen: die Sozialpolitik der neuen Bundesregierung
4. Abbruch oder Neubau: Sozialstaat in der „großen Krise“



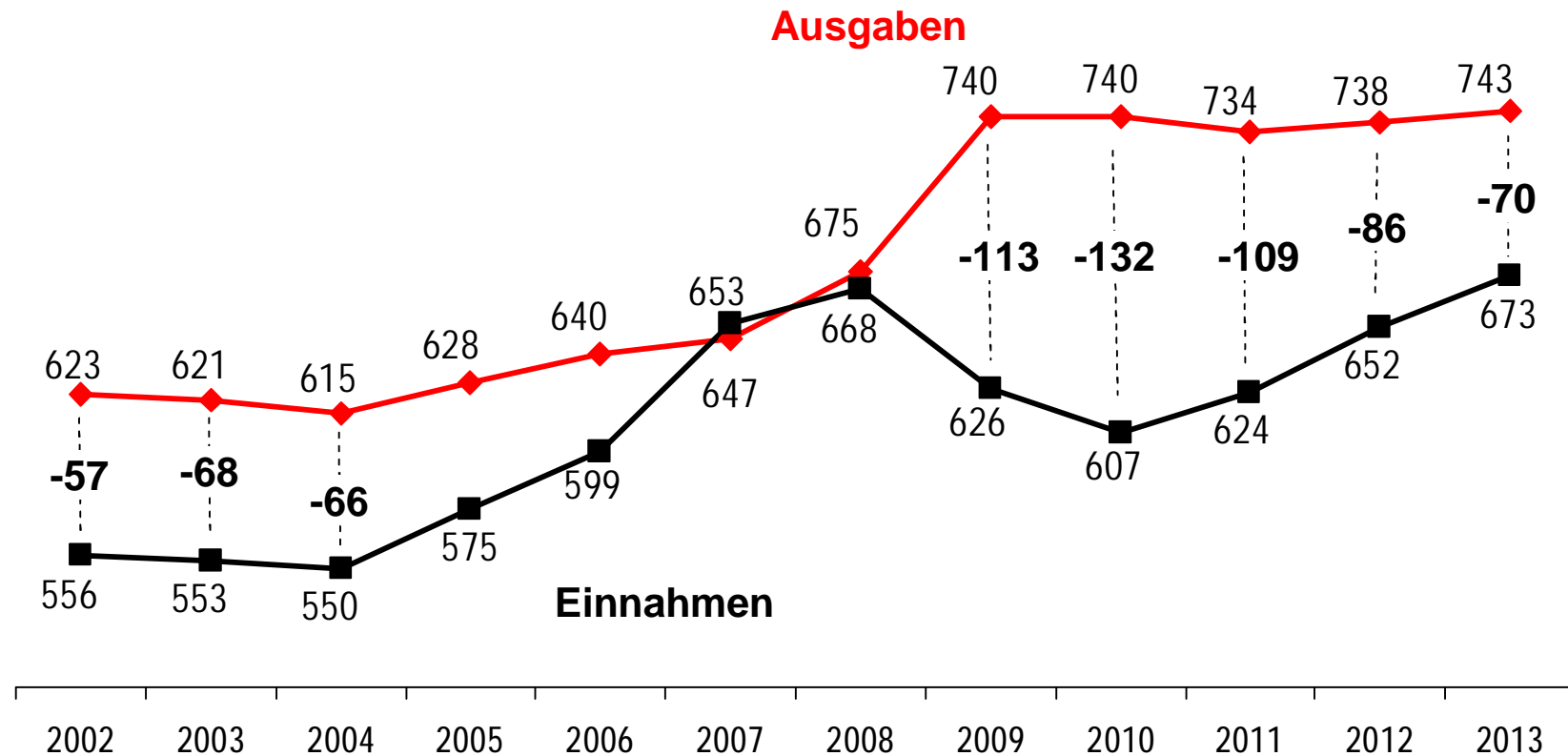
1. Sozialstaat vor der Insolvenz: Die leeren Kassen - und die Gründe
2. Die Große Krise
3. Absichtserklärungen und Andeutungen: die Sozialpolitik der neuen Bundesregierung
4. Abbruch oder Neubau: Sozialstaat in der „großen Krise“

Ein Minus von über 500 Milliarden Euro bis 2013



| VB 07

Einnahmen und Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in Milliarden Euro



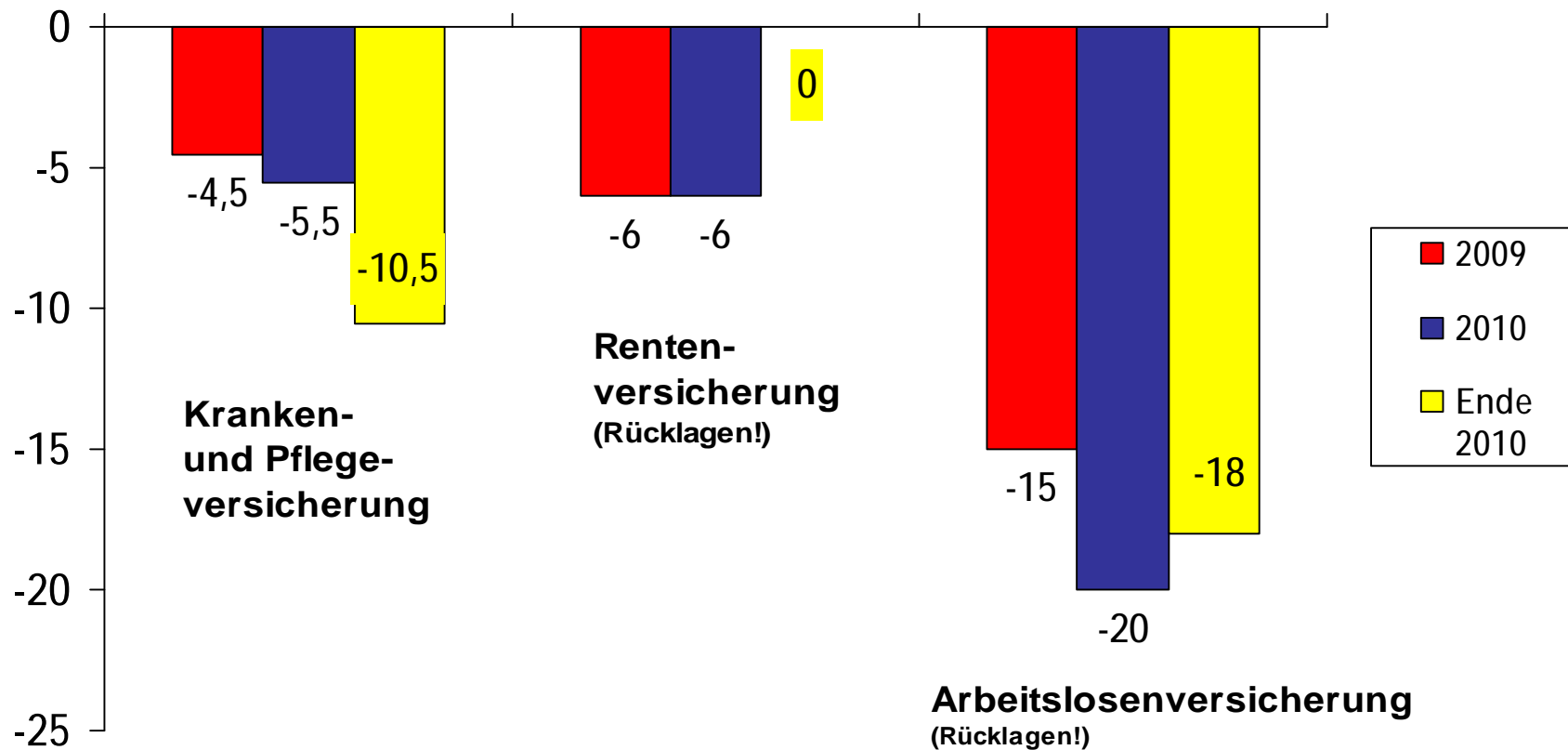
Quelle. Bundesministerium der Finanzen August 2009, Ver.di Bundesvorstand

Krise belastet Sozialversicherungen Knapp 30 Mrd. Defizit Ende 2010



| VB 07

Defizite in den Sozialversicherungszweigen in Mrd. Euro (RWI)



Quelle: Rheinisch-Westf. Institut für Wirtschaftsforschung
lt. SPIEGEL vom 01.08.2009 sowie weitere Angaben des RWI



„Die Wirtschaft wird ihren Beitrag zum Schuldenabbau leisten. Aber die Regierung muss an die großen Positionen ran: beispielsweise an die Sozialsysteme. (...) Ich bin überzeugt, dass wir dort auf gewaltige Einsparpotentiale stoßen.“

BDI-Präsident Peter Keitel zitiert nach DIE WELT vom 1.11.2009

Sozialabbau mit Ansage?

„Die Wahrheit lautet in einem einzigen Satz zusammengefasst: Die Probleme werden erst noch größer, bevor es wieder besser werden kann. Das ist die Lage. Ich kann und will sie uns nicht ersparen.“

**Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel
in der Regierungserklärung vom
10. November 2009**



„Wenn Sie die Sozialausgaben im Bundeshaushalt zusammenrechnen, (...) dann kommen Sie nach dem vorliegenden Entwurf auf insgesamt 176,7 Milliarden Euro; das entspricht 54,3 Prozent des gesamten Haushaltes. Man muss das zur Kenntnis nehmen. Dann weiß man nämlich auch, welche Spielräume man im Haushalt hat.“



**Bundesfinanzminister, Wolfgang Schäuble
in der Rede zur Einbringung des Bundeshaushaltplan 2010
am 19.01.2010**

„Wir müssen das Geld aus anderen Feldern holen, auch aus dem Sozialbereich, und da ist mir egal, ob aus dem Bundeshaushalt oder aus den Sozialversicherungen. Ich sehe nach wie vor, beispielsweise in der Arbeitsverwaltung Milliardenbeträge einzusparen. Wir müssen generell die Ausgaben einschränken.“

„Es kann aber keine funktionierende Arbeitslosenhilfe-System geben, das nicht auch ein Element von Abschreckung enthält.“



Roland Koch, WirtschaftsWoche vom 16.01.2010

Der Staat als Aktionär der letzten Instanz

Die Gesellschaft, werde akzeptieren müssen,

**„dass der Staat in systemischen Bankenkrisen
der Aktionär der letzten Instanz bleibt.“**

Josef Ackermann

in DER SPIEGEL 48/2009, S. 73f.



© adpic

Wichtige Ursachen für die „finanziellen Löcher im Sozialstaat“



| VB 07

- ➔ Die **Kosten der großen Krise** des Finanzmarkt-Kapitalismus
- ➔ **Verteilungspolitische Schieflage** – zulasten der abhängig Beschäftigten
- ➔ Die **Krise des Arbeitsmarktes** und Erosion der „Normalarbeit“
- ➔ Die **Entlastung der Wirtschaft** aus der Finanzierung des Sozialstaates – und die Anschub-Kosten der Privatisierung
- ➔ Die Kosten der **Deregulierung** des Arbeitsmarktes und der **Privatisierung** des Sozialschutzes

1. Sozialstaat vor der Insolvenz:
Die leeren Kassen - und die Gründe
2. **Die große Krise**
3. Absichtserklärungen und
Andeutungen: die Sozialpolitik
der neuen Bundesregierung
4. Abbruch oder Neubau:
Sozialstaat in der „großen
Krise“





**Vom „nationalen Sozialstaats-Kapitalismus“ zum
„globalen Finanzmarkt-Kapitalismus“**



**Vom „alten Klassen-Kompromiss“
zur „Neuen Maßlosigkeit“**

Demokratischschädliche Anmaßung: Politik im Schlepptau der Finanzmärkte!



| VB 07

„Politik muss (...) heute mehr denn je mit Blick auf die Finanzmärkte formuliert werden. (...)“

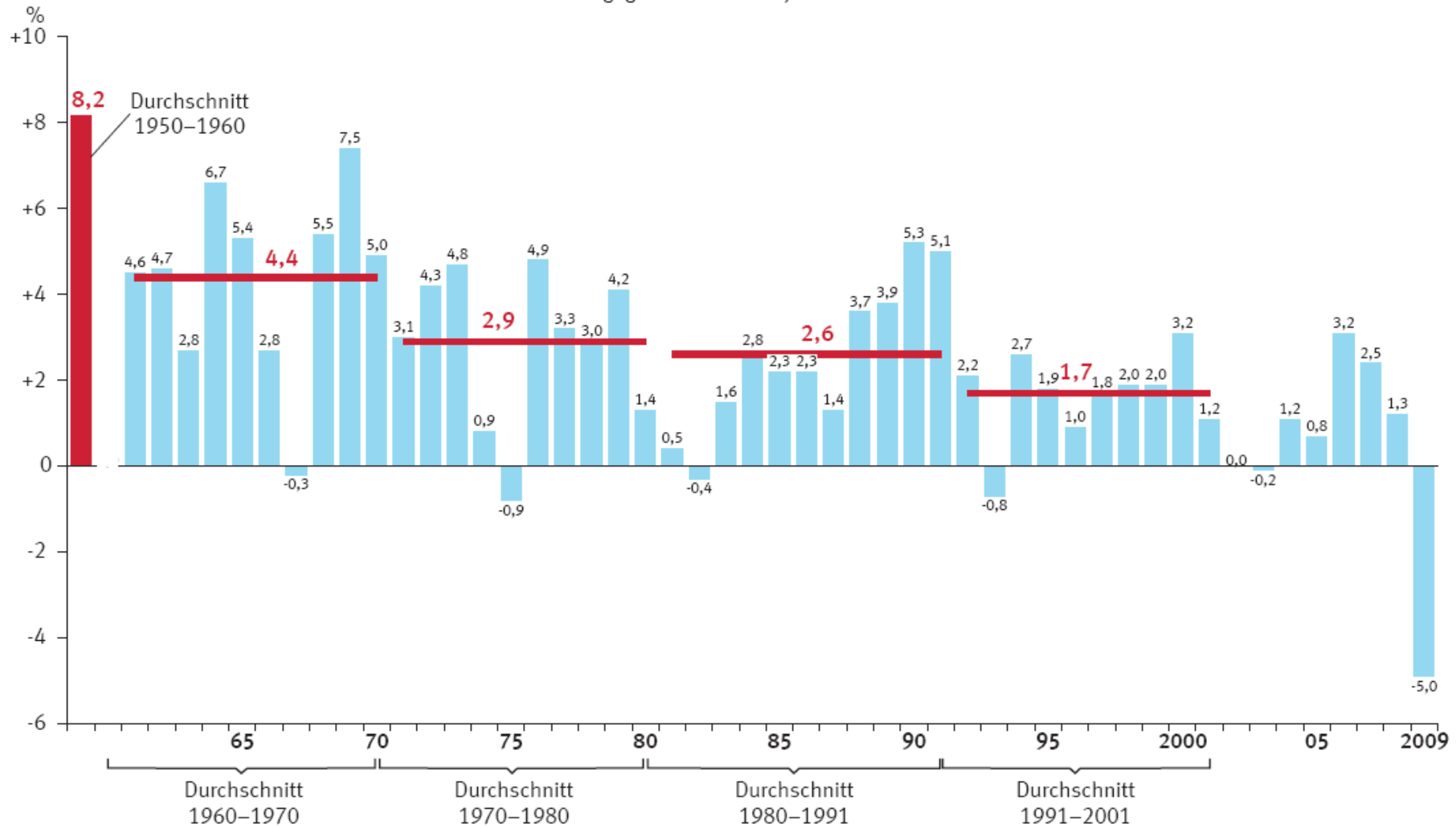
Offene Finanzmärkte erinnern die Politiker allerdings etwas häufiger und bisweilen etwas deutlicher an diese Zielsetzungen, als die Wähler dies vermögen. Wenn man so will, haben die Finanzmärkte quasi als fünfte Gewalt‘ neben den Medien eine wichtige Wächterrolle übernommen. Wenn die Politik im 21. Jahrhundert in diesem Sinn im Schlepptau der Finanzmärkte stünde, wäre dies vielleicht so schlecht nicht.“

Rolf-E. Breuer (Deutsche Bank): Die fünfte Gewalt, in: Die Zeit, v. 27.04.2000, S. 21

Schwerste Wirtschaftskrise



| VB 07

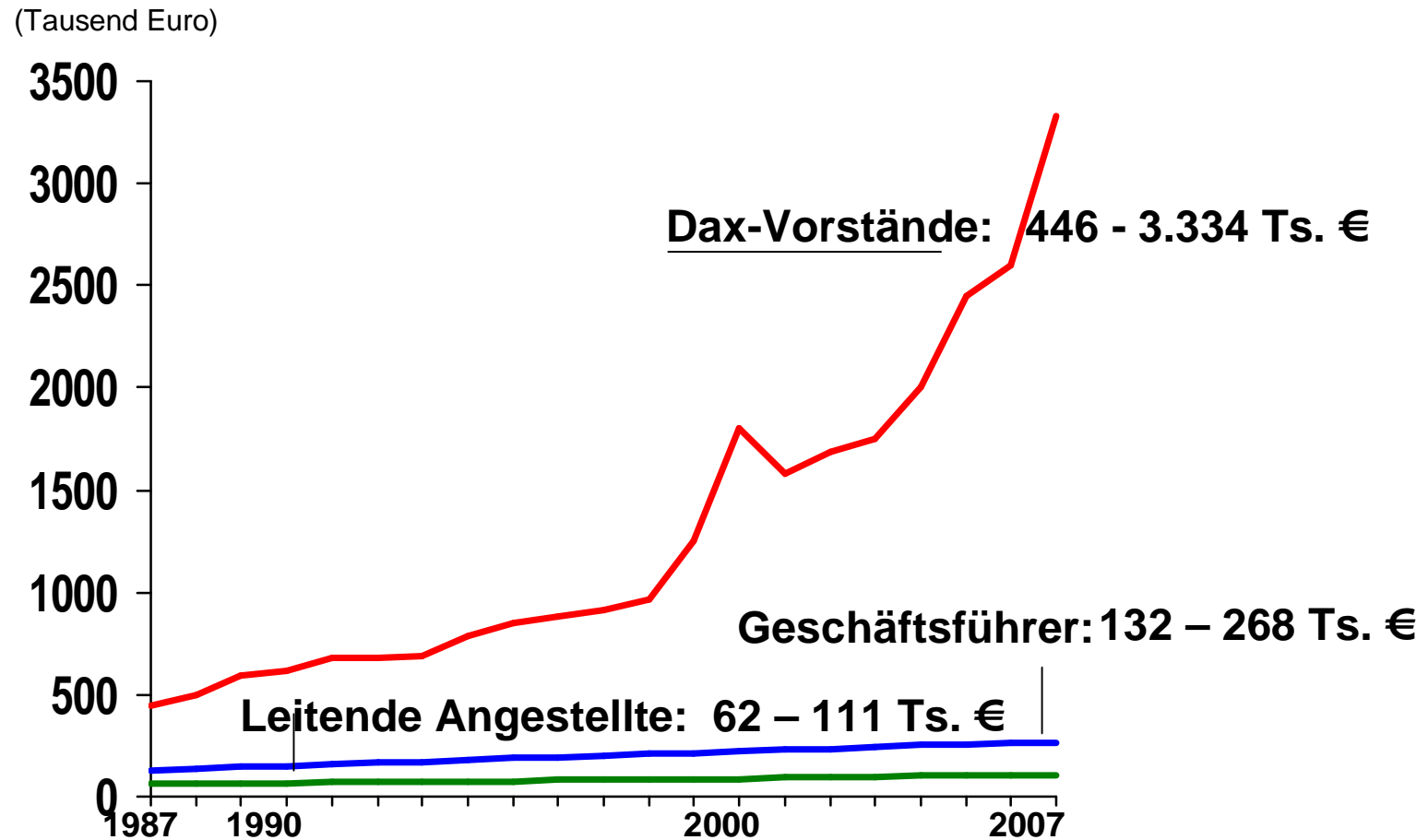


Quelle: Statistisches Bundesamt

Explosion der „Dax-Vorstands-Gehälter“ - Entwicklung der Gesamtbezüge -



| VB 07

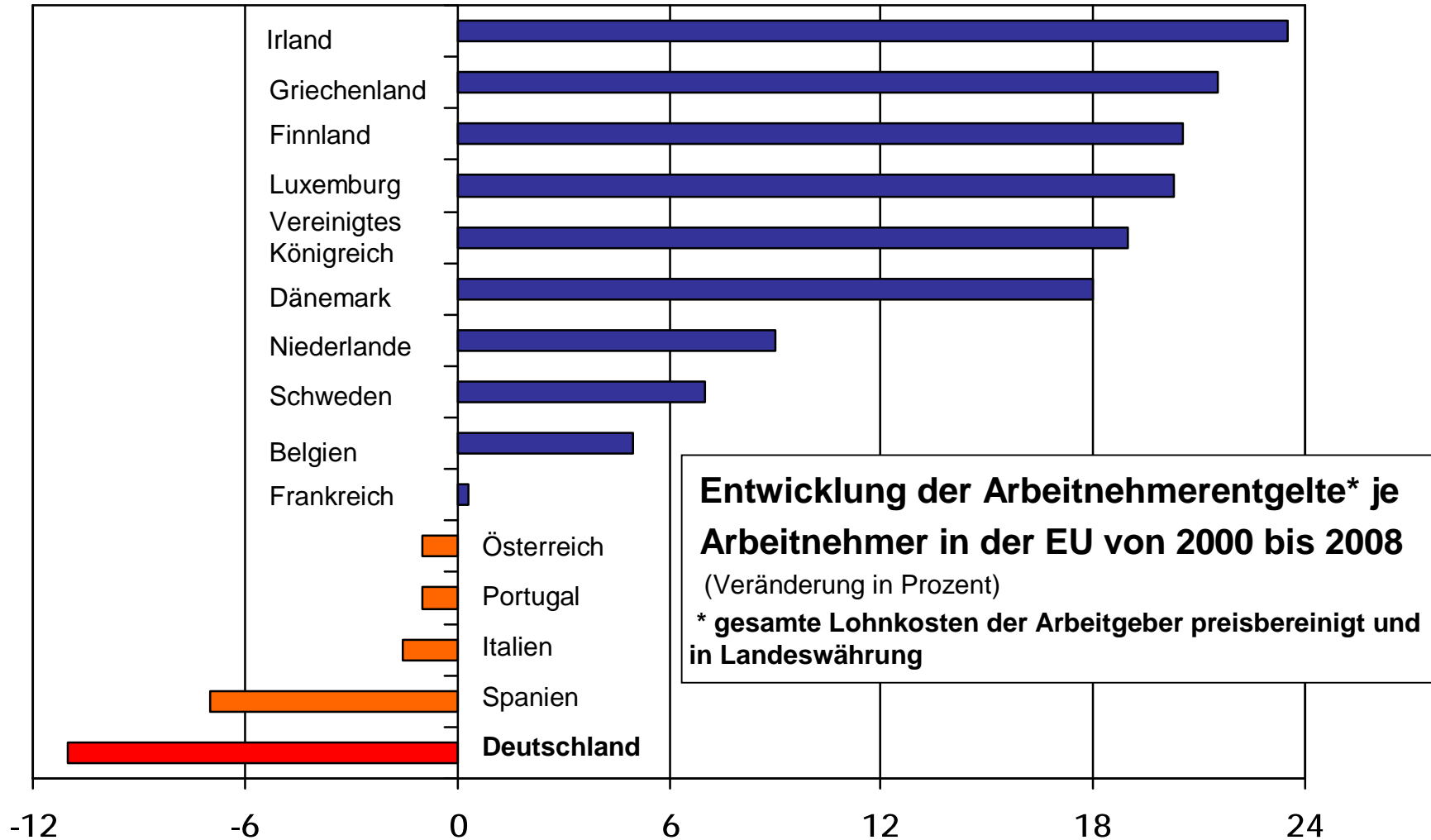


Quelle: Kienbaum, nach FAZ v. 30.Juni 2008

Deutschland – Spitzenreiter bei der Senkung der Lohnkosten



| VB 07



Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte* je Arbeitnehmer in der EU von 2000 bis 2008
(Veränderung in Prozent)
* gesamte Lohnkosten der Arbeitgeber preisbereinigt und in Landeswährung

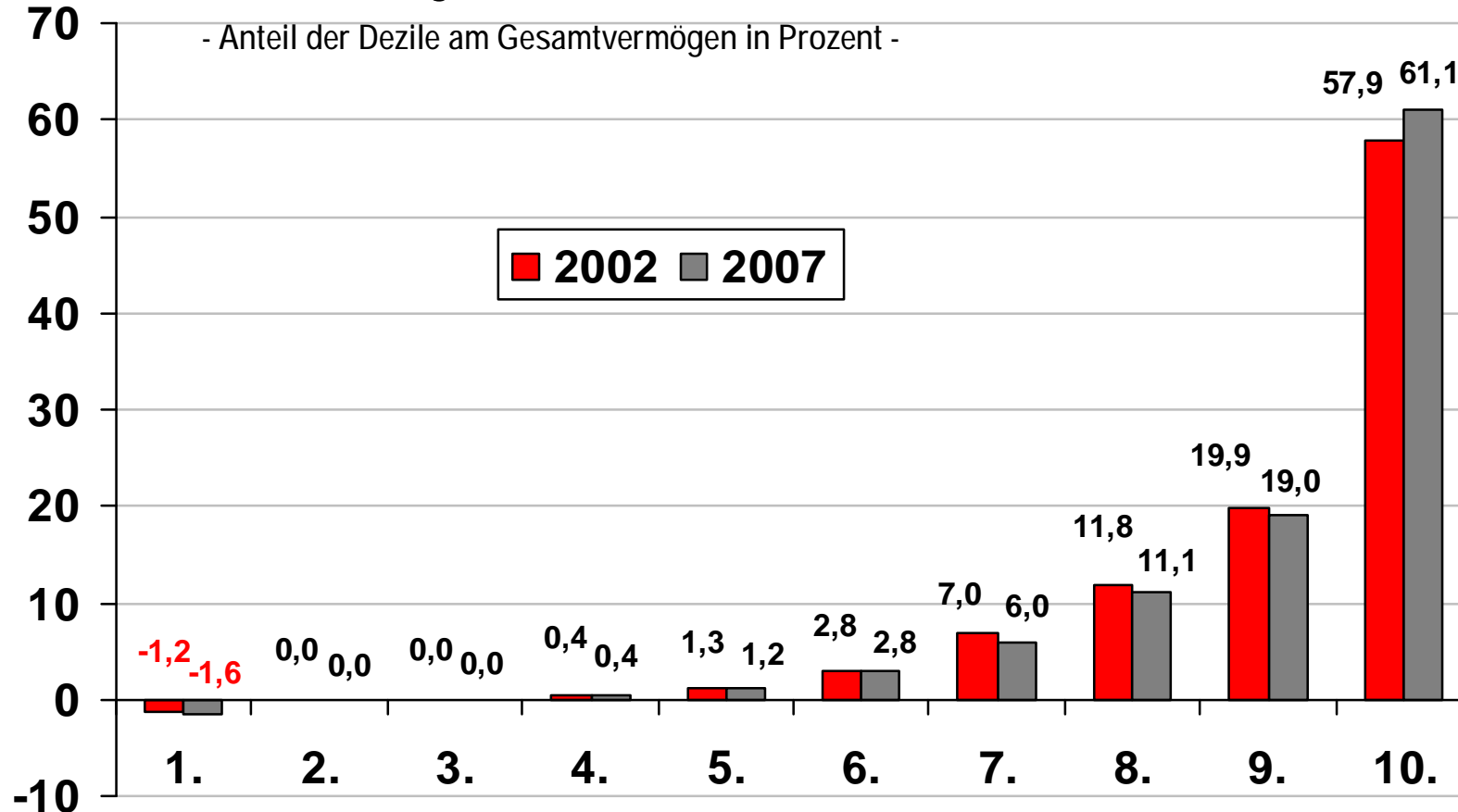
Quellen: Eurostat; Berechnung des DIW Berlin, eigene Berechnungen

Polarisierung in der Vermögensverteilung schreitet voran



| VB 07

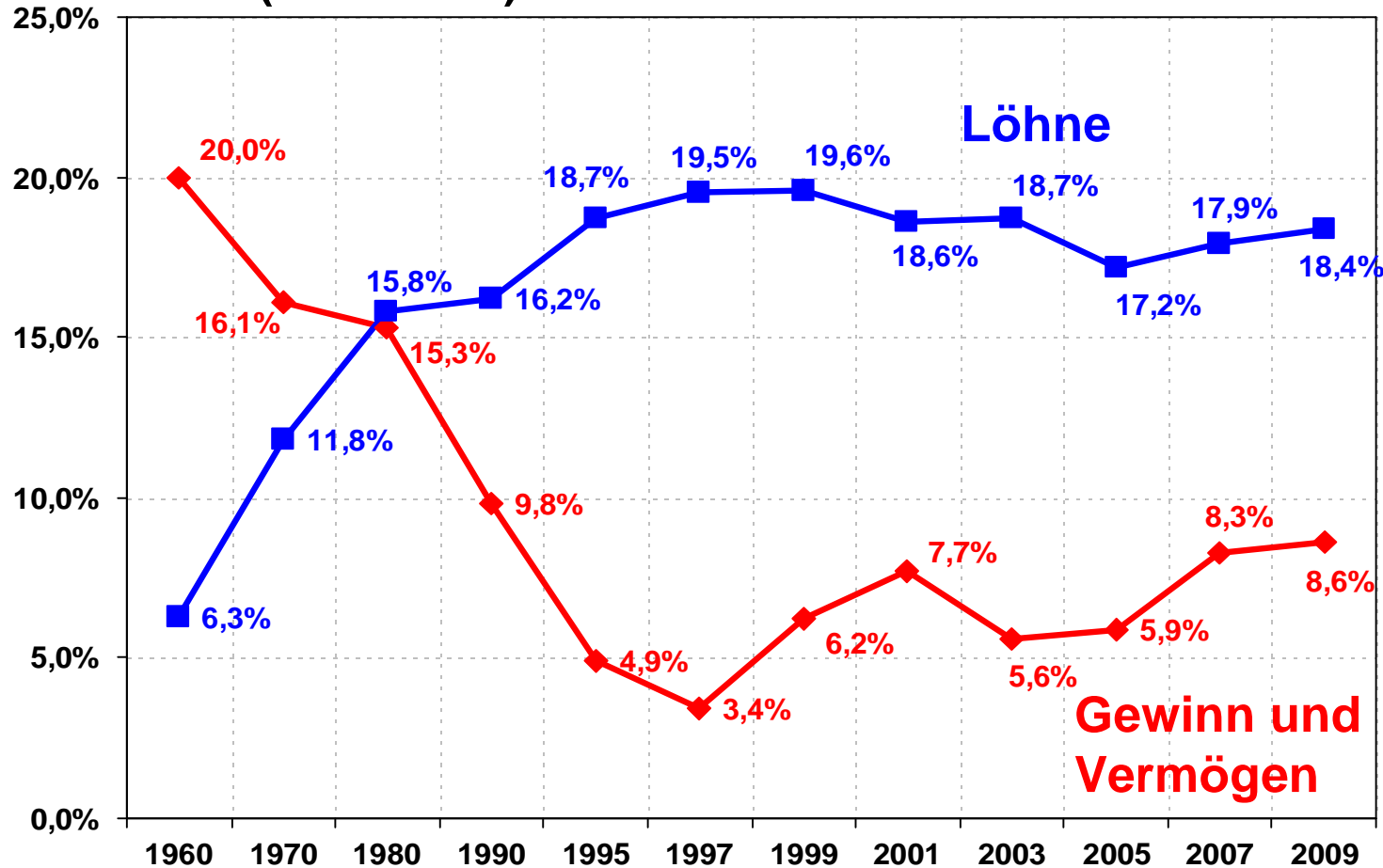
Nettovermögen in Deutschland 2002 und 2007



Quellen: SOEP, Berechnungen des DIW Berlin



Steuerbelastung von Löhnen und Gewinn- und Vermögenseinkommen 1960 bis 2009 (in Prozent)*



Quelle: WSI-Verteilungsbericht 2009

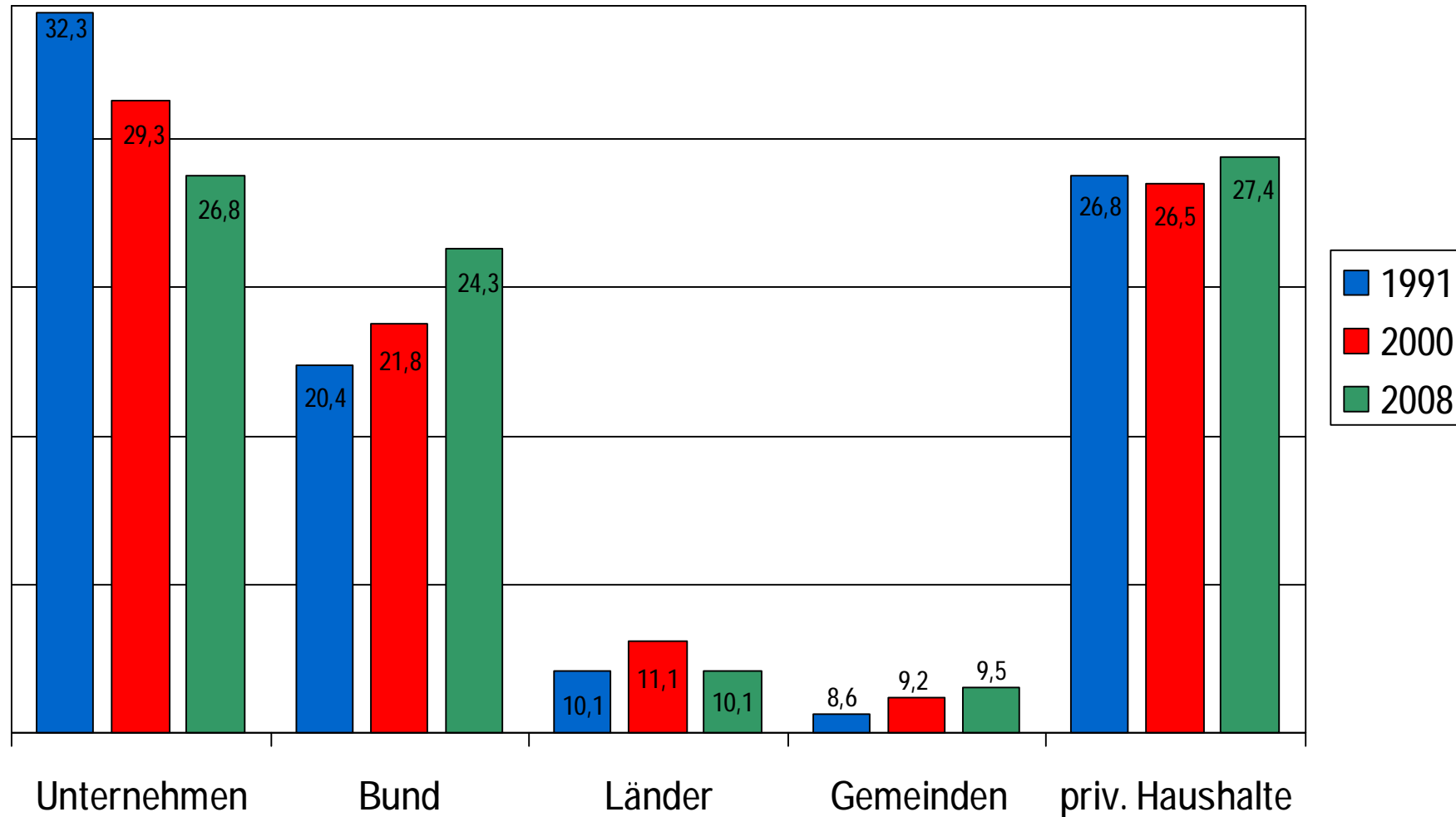
*1960-1990: Nur alte Bundesländer

Entlastung der Unternehmen – Belastung von Bund, Gemeinden und privaten Haushalten

- Anteile am Sozialbudget in v.H. -



| VB 07



Quelle. Sachverständigenrat – Jahresgutachten 2009/10

1. Sozialstaat vor der Insolvenz:
Die leeren Kassen - und die Gründe
2. Die große Krise
3. **Absichtserklärungen
und Andeutungen: die
Sozialpolitik der neuen
Bundesregierung**
4. Abbruch oder Neubau:
Sozialstaat in der „großen
Krise“





Ein Sammelsurium aus Verschiebungen und Zumutungen:

- ➔ ... er setzt in vielen Politikfeldern auf ein „**Weiter so**“ (z. B. Rente: Keine Vorschläge für die Probleme Altersarmut, Lebensstandardsicherung und „Rente mit 67“)
- ➔ ... er **verschiebt Entscheidungen** und lässt zentrale Fragen offen (z.B. durch generellen Finanzierungs-Vorbehalt und Bildung von Kommissionen)
- ➔ ... er läutet aber in anderen sozialstaatlichen Bereichen den **Systemwechsel** zulasten der Lohnabhängigen ein (z.B. Gesundheit: Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge, Einstieg in Kopfpauschale, umfassende Wettbewerbsorientierung)



„Der Koalitionsvertrag ist ein guter Kompass für die nächsten Jahre und stellt die Weichen für Wachstum und für Strukturveränderungen im Sozialversicherungs- und Steuersystem.

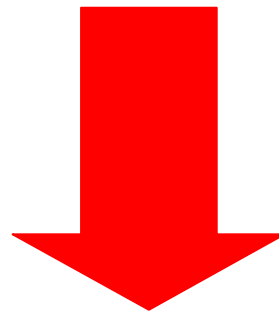
Endlich werden einige der drängenden Finanzierungsprobleme in der Sozialversicherung angegangen. (...)

Der Koalitionsvertrag enthält richtungsweisende Entscheidungen, um die Höhe der Personalzusatzkosten zu begrenzen und die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest zu machen. Richtig ist vor allem der geplante Einstieg in die Entkopplung der Gesundheits- und Pflegekosten vom Arbeitsverhältnis.“

BDA, Bewertung des Koalitionsvertrages, Oktober 2009, S. 2 u. 12

Kein Anlass zur Entwarnung – der Koalitionsvertrag

- ➔ ... läutet neue **Systemwechsel** ein – oder setzt eingeleitete Systembrüche und Paradigmenwechsel der alten Regierung fort
- ➔ ... setzt auf eine Strategie der „**politischen Unterlassungen**“, also eine Politik der **Verweigerung einer aktiven Krisenbekämpfung** gegenüber der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise



Die Politik der Systemwechsel und der „politischen Unterlassungen“ steuert die Gesellschaft in einen „großen Verteilungs-Konflikt“

1. Sozialstaat vor der Insolvenz:
Die leeren Kassen - und die Gründe
2. Die große Krise
3. Absichtserklärungen und
Adeutungen: die
Sozialpolitik der neuen
Bundesregierung
4. **Abbruch oder Neubau:
Sozialstaat in der
„großen Krise“**





➔ **Einerseits: Bedeutungs- und Ansehenszuwachs der Sozialversicherung**

- als „automatische Stabilisatoren“ der wirtschaftlichen Entwicklung
- als „kleines arbeitsmarktpolitisches Wunder“ (Der Spiegel)
- als Systeme einer nachhaltigen Finanzierung („Umlageverfahren“)
- als „Orte der sozialen Sicherheit in unsicheren Zeiten“

➔ **Aber auch: Mehr Anerkennungs- und Finanzprobleme durch**

- Finanzprobleme in der GKV und der BA infolge der Arbeitsmarkt- (Beschäftigung und Einkommen) und Finanzmarktentwicklung
- Kostenprobleme in der bAV durch die Zunahme der Insolvenzen
- Allgemeine Akzeptanzprobleme wegen öffentlicher Haushaltsdesaster
- Der „stille Verschleiß“ des Arbeitsvermögens der Menschen



„(...) Das einzige, was zugunsten Europas funktioniert, ist gerade das, wofür Europa am meisten Kritik einstecken muss – die Größe und Großzügigkeit seiner Wohlfahrtsstaaten, die den wirtschaftlichen Einbruch dämpfen.“

Paul Krugman, A continent adrift, in: The New York Times, March 16, 2009.



Der Sozialstaat ist mehr wert als er kostet!

- ➔ ... er wirkt als **automatischer Stabilisator** der konjunkturellen Entwicklung
- ➔ ... er besitzt einen „**gesellschaftlichen Zusatznutzen**“ zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandels
- ➔ ... er eröffnet **Handlungs- und Freiheitsräume** („Autonomiegewinne“) für den Einzelnen



- ➔ **Universalisierung** von Beitragspflicht und Versicherungsschutz
- ➔ Neue Aussteuerung von **Bedarfs- und Versicherungssystem**
- ➔ Sachgerechter **Finanzierungs-Mix** aus Steuern und Beiträgen
- ➔ **Finanzierung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit** – innerhalb der Klasse und zwischen Kapital und Arbeit
- ➔ Ein neues Gleichgewicht von **Geld- und sozialen Dienstleistungen**



1. Keine Entlassungen in der Krise – auch nach der Kurzarbeit!

Beschäftigungssicherung durch Industriepolitik: „öffentlicher Beteiligungsfonds“ - „Zwangsanleihe“ – öffentliche Auflagen!

2. Arbeitsinteressen umfassend schützen:

Verteidigung von Arbeitsplätzen, Einkommen und (!) Arbeitsstandards!

3. „Wir wollen mehr Wirtschaftsdemokratie wagen“:

Mehr Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie statt Shareholder-Value-Dogma und privatem Vermögensschutz!

4. Die Finanzmärkte ins Schlepptau der Politik nehmen!

Kontrolle, Regulierung und Umorientierung des Finanzsektors!

5. Tarifbewegung 2010

Offensive Verteilungspolitik für Beschäftigung, Übernahme und Entgelt!



Den Konflikt um den Sozialstaat des 21. Jahrhunderts annehmen!



Gemeinsam für ein gutes Leben !!!



| VB 07





| VB 07

Vielen Dank



„Wir müssen übrigens, gerade nach den Erfahrungen dieser Krise, darauf achten, dass das notwendige Vertrauen in staatliche Institutionen nicht zu dem Missverständnis führt, dass es der Staat am Ende schon richten werde. Das kann er nicht leisten.“

**Bundesfinanzminister, Wolfgang Schäuble
in der Rede zur Einbringung des Bundeshaushaltplan 2010
am 19.01.2010**



„Deswegen sind die Probleme bei aller Tragweite nicht ein Beleg für eine Krise der sozialen Marktwirtschaft, sondern sie stehen für eine Krise im System, und wir müssen sie durch eine Bestärkung der Grundlagen unserer Ordnung überwinden.“

**Bundesfinanzminister, Wolfgang Schäuble
in der Rede zur Einbringung des Bundeshaushaltplan 2010
am 19.01.2010**